16. Satzung

zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen vom

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) hat der Rat der Stadt Kamen in seiner Sitzung am _____ die folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

§ 4 wird um die Absätze 4 bis 6 ergänzt:

- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Verwaltungsvorstands, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen.
Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister vorab zu informieren.

Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister bzw. bei Ausschusssitzungen dem/der Ausschussvorsitzenden.
Die prinzipielle eigenständige Beurteilungskompetenz der Gleichstellungsbeauftragten nach dem LGG, welche Angelegenheiten bzw. Beratungsgegenstände gleichstellungsrelevant sind, wird hiervon nicht berührt.

- (5) Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs in Frage stehen.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister/die Bürgermeisterin den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.

Artikel 2

In § 6 werden die Absätze 3 und 7 wie folgt geändert

- (3) Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, die
1. weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.),
 2. inhaltlich mit bereits früher eingereichten Anregungen und Beschwerden identisch sind,
 3. den Inhalt eines Strafgesetzes erfüllen oder

4. als rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von öffentlichen Stellen anzusehen sind,

sind ohne Beratung von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister zurückzugeben.

- (7) Der Antragstellerin oder dem Antragsteller kann im Einzelfall aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen, sofern eine Vervielfältigung seitens der Gemeinde nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.

Artikel 3

§ 7 wird wie folgt geändert

- (1) Es wird ein Integrationsrat gebildet. Der Integrationsrat besteht aus 15 Mitgliedern, davon gemäß § 27 Abs. 2 Satz 1 GO NRW 9 direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates (Migrantenvertreterinnen und -vertreter) und gemäß § 27 Abs. 2 Satz 4 GO NRW 6 vom Rat aus seiner Mitte zu wählende Ratsmitglieder. Dabei soll mindestens von jeder Fraktion ein Mitglied entsandt werden. Die verbleibenden Sitze sind nach Hare/Niemeyer zu verteilen.
Für die Mitglieder des Integrationsrates werden Stellvertreter gewählt.
- (2) Der Integrationsrat kann beschließen, zu einzelnen Beratungspunkten Sachverständige und/oder Vertretungen der Bevölkerungsgruppen, die von einer Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt vorwiegend betroffen sind, hinzuzuziehen.
- (3) Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates sind schriftlich bei der Bürgermeisterin bzw. beim Bürgermeister einzureichen. Die zuständigen Gremien sollen sich innerhalb von 3 Monaten bzw. möglichst in ihrer nächsten Sitzung damit befassen.
- (4) Für die Sitzungen des Integrationsrates ist die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse sinngemäß anzuwenden.

Artikel 4

In § 10 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 gestrichen
2. Abs.3 a.F. wird neuer Abs. 2. Die Nummerierung der nachstehenden Absätze ändert sich entsprechend.
3. in Abs. 3 n.F. wird Satz 2 gestrichen

Artikel 5

§ 13 wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 werden nachfolgende neue Sätze 2 bis 4 eingefügt, der bisherige Satz 2 wird Satz 5:

Fraktionssitzungsgeld kann auch für Online-Fraktionssitzungen gezahlt werden soweit sie im gleichen Rahmen stattfindet wie eine gewöhnliche Fraktionssitzung. Gleiche Rahmenbedingungen liegen vor, wenn nachweislich eine Sitzung vorliegt, zu der im Vorfeld eingeladen wurde, an der die üblichen Personen teilnehmen und zu der im Vorfeld eine Tagesordnung festgelegt wurde. Die Teilnahme an Online-Fraktionssitzungen ist durch Aufruf festzustellen und schriftlich festzuhalten.

2. In Absatz 3 Satz 4 Buschstabe a) wird die Angabe „8,84“ durch die Angabe „9,35“ und die Angabe „80,00“ durch die Angabe „84,00“ ersetzt
3. Absatz 5 wird wie folgt neugefasst
 - (5) Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates anstelle einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 EntschVO ein Sitzungsgeld nach § 46 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 3 Abs. 4 EntschVO erhalten wird für folgende Ausschüsse Gebrauch gemacht:
 - Rechnungsprüfungsausschuss
 - Betriebsausschuss
 - Jugendhilfeausschuss
 - Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss
 - Mobilitäts- und Verkehrsausschuss
 - Umwelt- und Klimaschutzsausschuss
 - Kulturausschuss
 - Wirtschaftsausschuss
 - Partnerschaftsausschuss
 - Schul- und Sportausschuss
 - Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschuss

Artikel 6

In § 15 werden die Wörter „Beamtinnen und Beamten und tariflich Beschäftigten“ durch die das Wort „Bedienstete“ ersetzt.

Artikel 7

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.